**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Straßen- und Tiefbau
vom 02.05.2024**

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:47 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen VorlNr.
 Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Lüttjohann eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden VorlNr.
 Anträge**

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau stimmt einstimmig der Tagesordnung zu.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.02.2024 VorlNr.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau genehmigt bei 2 Enthaltungen die Niederschrift vom 20.02.2024.

**TOP 4 Ausgleichspflanzungen von Bäumen an der B215 im Bereich VorlNr.
 des Quartiers Kalandshof 0509/2021-2026**

AL Lauchart erläutert die Vorlage. Er weist besonders darauf hin, dass verschiedene Baumgrößen gewählt worden seien, um eine alternierende Anordnung zu erhalten. Wenn die Bäume in vielen Jahren ihre Reife erhielten, müssten nicht alle gleichzeitig ersetzt werden. An den Kreuzungsbereichen seien zur besseren Einsichtnahme kleinere Bäume vorgesehen, da sich die Verkehrsteilnehmer*innen besser an die neue Situation gewöhnen könnten. Die Sichtdreiecke würden eingehalten.

RF Niemeier ist der Auffassung, dass selbst die großen Bäume mit einem StU von 25-30 cm noch klein seien und durchaus an den Kreuzungsbereichen gepflanzt werden könnten. Es sei zum Zeitpunkt der Fällung der Bevölkerung versprochen worden, größere Bäume als

Ersatz zu pflanzen. Sie spricht sich dafür aus, auch große Bäume oder sogar nur große Bäume zu pflanzen.

Bgm Oestmann stellt richtig, dass zwar darüber mit der Bürgerschaft diskutiert, jedoch nichts versprochen worden sei. Er spricht sich weiterhin dafür aus, eine alternierende Anordnung zu wählen, um ein ausgewogenes Bild zu erhalten. Die entfernten Eichen hätten beispielsweise alle das gleiche Alter gehabt. Die Kanäle würden abgeschottet, so dass sie nicht durch die Bäume beschädigt werden könnten und diese somit nicht deswegen entfernt werden müssten.

RH Emshoff ist der Meinung, dass grundsätzlich unterschiedliche Größen gepflanzt werden sollten. Er weist darauf hin, dass junge Bäume besser anwachsen. Der Spruch „Ein alter Baum soll nicht verpflanzt werden“ habe schon eine begründete Herkunft.

AL Lauchart informiert, dass es hier nur um die Bäume an der Verdener Straße gehe. Da aber im Verhältnis 1:3 nachgepflanzt werden müsse, seien auch noch Bäume an der weiteren Bundesstraße erforderlich.

RH Klingbeil macht aufmerksam, dass von den drei möglichen Baumgrößen nur zwei im Beschlussvorschlag vorkämen. Er beantragt im Namen seiner Fraktion, auch die dritte Größe, nämlich 25-30 cm StU, zu pflanzen. Die Menge der jeweiligen Größe könne von der Verwaltung festgelegt werden.

RH Scheunemann ist dagegen der Meinung, dass die Mehrkosten für größere Bäume besser eingespart werden sollten.

RH Klingbeil erklärt, dass hier die Spanne zwischen kleinen (40.000 €) und großen Bäumen (60.000 €) 20.000 € betrage. Wenn nun eine Mischung aus allen drei Größen erfolgen würde, würden geschätzt etwa Kosten in Höhe von 53.000 € entstehen.

RF Niemeier bemerkt, dass Bäume neben der Sauerstoffproduktion auch die Funktion als Schattenspender hätten. Für Radfahrer*innen sei es angenehmer auf der Verdener Straße im Sommer im Schatten zu fahren. Sie modifiziert den Antrag dahingehend, dass alle 3 Baumgrößen zu gleichen Teilen zu wählen seien.

Vors. Lüttjohann erklärt, dass Bäume, die mit einem Stammumfang von 10 cm gepflanzt würden, innerhalb von 25 Jahren einen Stammumfang von bis zu 40 cm haben könnten. Er befürchtet frühzeitige Kanalreparaturen, wenn zu große Bäume gepflanzt würden.

AL Lauchart führt aus, dass die Bäume direkt über den verschweißten Kanälen gepflanzt würden. Das sich entwickelnde Wurzelwerk könne sich im Laufe der Zeit um das Kanalrohr legen. Würden jetzt größere Bäume mit einem bereits größeren Wurzelwerk gepflanzt, könnten sie aufgrund der geringen Tiefe zum Kanal nicht eingesetzt werden. Es müsste dann ein Hügel über dem Kanal aufgeschüttet werden, um das Wurzelwerk in die Erde zu bringen.

RH Klingbeil beklagt, dass diese Information sehr spät komme. Nun sei keine andere Möglichkeit mehr gegeben.

AL Lauchart merkt an, dass man durch eine Neupflanzung nicht den Zustand von vor der Fällung erhalten könne. Die Bäume der dritten Größe könnten jedoch an einigen Stellen gepflanzt werden.

Bgm fasst zusammen, dass grundsätzlich im Ausschuss Einigkeit über die Vorlage bestehe. Er bietet an, dass die Verwaltung bis zur Beratung im Verwaltungsausschuss prüfen könne, ob die Pflanzung von größeren Bäumen technisch möglich sei und wieviel Mehrkosten für eine Durchmischung mit allen drei Baumgrößen dafür entstünden.

RH Klingbeil kann sich mit diesem Vorschlag anfreunden und verzichte auf seinen gestellten Antrag.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau empfiehlt einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt, die Ausgleichspflanzung von Bäumen an der B215 mit Baumgrößen, die über die vertraglich verpflichteten Pflanzgrößen hinaus gehen, herzustellen. Die Bepflanzung soll in verschiedenen Baumgrößen (StU 16-18 bis StU 20-25) erfolgen. Die erforderliche finanzielle Beschlussfassung hierzu erfolgt im dafür zuständigen Gremium.

Die Verwaltung erhält den Prüfauftrag, bis zur Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss zu prüfen, ob die Pflanzung von Bäumen mit einem StU von 25-30 cm technisch möglich ist und wieviel Mehrkosten eine Durchmischung mit allen drei Baumgrößen entstehen.

TOP 5 Errichtung eines Friedwaldes; Antrag Fraktionen B90G/DIE LINKE und SPD

VorlNr.
0140/2021-2026/2

Bgm Oestmann führt zur bisherigen Historie aus. Er stellt dar, dass die Verwaltung eine Zusammenarbeit mit der FriedWald GmbH nicht ausschließe, das Rotenburger Projekt in Unterstedt jedoch klar favorisiert werde. Eine lokale Betreibergruppe könne es für Rotenburg passig machen. Es seien verschiedene Möglichkeiten vorhanden. Er bezieht sich auf den Punkt b) des Fraktionsantrages (Änderungsantrages), in dem es heiße, dass eine Entscheidung nach Abschluss des laufenden Prozesses getroffen werde. Genau hier befinde man sich jetzt und müsse somit entschieden werden. Beide Projekte seien derzeit auf dem gleichen Stand. Man müsse sich nun über die genaue Vertragsgestaltung unterhalten. Der Bgm sieht keine Gefahr, dass sich das Verhältnis zu den Landesforsten verschlechtern würde, wenn die Stadt die Trägerschaft für den FriedWald nicht übernehme. Es gehe auch nichts verloren, was die Einflussmöglichkeiten betreffe, da sie eher gering seien. Ein eventueller Einnahmeverlust von 36 € pro Bestattung, geschätzt etwa 3.000 € pro Jahr, sei nicht entscheidungserheblich. Er spricht sich gegen den Änderungsantrag und dafür, den RuheWald in Unterstedt zu forcieren, aus. Seines Wissens stehe kein lokaler Kirchenträger für den FriedWald zur Verfügung. Sollte der FriedWald verwirklicht werden, sei dies ein unternehmerisches Risiko für die Betreiber in Unterstedt. Er bittet darum, die beiden Vorhaben nicht getrennt, sondern als eine Einheit zu betrachten. Weiter rät er, das Thema im nächsten Rat zum Abschluss zu bringen.

RH Klingbeil erklärt, dass sich alle drei Parteien seiner Fraktion dafür aussprechen, die Standorte zu trennen. Die Niedersächsischen Landesforsten hätten den Landesauftrag, Bestattungen im Wald zu realisieren. In Wolfenbüttel habe die Stadt die Trägerschaft abgelehnt, die dann aber von einer Kirche übernommen worden sei. Nach einigen Jahren sei der Aufschrei gekommen, da der Bestattungswald sehr gut angenommen worden sei mit dem Ergebnis, dass die Stadt Wolfenbüttel einen weiteren FriedWald eröffnet habe. Er befürchtet, dass die Stadt hier eine große Chance verpasse, wenn sie die Trägerschaft für den FriedWald nicht übernehme. Es könne durchaus dazu kommen, dass letztendlich zwei Bestattungswälder existierten, aber bei einem davon dann die Stadt kein Mitspracherecht habe. Er fragt, ob für die FriedWald der Flächennutzungsplan geändert werden müsse.

Bgm Oestmann führt aus, dass es in Wolfenbüttel eine andere Ausgangssituation gegeben habe. Der Unterschied bestehe darin, dass vor Ort ein lokaler Betreiber vorhanden sei.

StAR Lohmann informiert, dass er über Bestattungswälder eine Online-Schulung unter der Leitung eines anerkannten Fachmannes für Bestattungswesen absolviert habe. Da habe er erfahren, dass eine FNP-Änderung nicht erforderlich sei, es müsse jedoch ein Bauantrag

gestellt werden. Dies sei im Urteil des Nds. OVG vom 17.04.2019 AZ: 1ME3219 nachzulesen.

RH Emshoff spricht an, dass sich die Thematik schon seit der letzten Wahlperiode hinziehe. Ihn ärgere die Drohgebärde des Friedwaldes, sich einen anderen Betreiber zu suchen, wenn die Stadt dieses ablehne. Er erklärt, dass die Installation des RuheWaldes in Unterstedt eine Win-win-Situation für alle Beteiligten und die Friedwald GmbH dagegen eine gewinnmaximierte Organisation sei. Es würden in Unterstedt verschiedene Möglichkeiten geboten und man könne davon ausgehen, dass kein Bestattungstourismus entstehe, da nur Einwohner*innen aus Rotenburg und den Ortschaften dort beerdigt werden dürften. Er appelliert an alle Abstimmenden, den Unterstedter Weg zu gehen.

RH Klingbeil ist der Meinung, dass in der Diskussion gerade viel vermischt werde. Er wiederholt, dass die Landesforsten den Auftrag hätten, Bestattungen durchzuführen. Er bewertet die Ankündigung, sich eines kirchlichen Trägers zu bedienen, wenn die Stadt ablehne, nicht als Drohgebärde. Er bezweifelt, dass die Betreiber des RuheWaldes nicht auch gewinnorientiert ausgerichtet seien. Weiter stellt er in Frage, ob es zu einem Bestattungstourismus kommen werde, da es mittlerweile viele Bestattungswälder gebe und somit die Fälle je Bestattungswald zurückgingen. Wenn die ein oder andere Bestattung für Menschen aus beispielweise Sottrum oder Visselhövede stattfinde, könne man sicherlich nicht von Bestattungstourismus sprechen.

Bgm Oestmann ist der Meinung, dass die örtlichen Betreiber des RuheWaldes eher zugänglich seien. Er erläutert, dass die Stadt das letzte Glied der Daseinsvorsorge sei und einen Anteil der Bestattungskosten gem. Satzung mittrage. Die Satzung solle aber nur Anwendung finden für Rotenburger mit Bezug. Im Gegensatz zur FriedWald GmbH würden die Unterstedter Betreiber die Satzungsregelung übernehmen.

RF Niemeier erklärt, dass man froh sein müsse, wenn hier jemand bestattet werden möchte, da es sehr vielfältige Bestattungsformen gebe. Die Satzung sollte wegen des städtischen Anteils an Bestattungen einmal genauer betrachtet werden. Für den FriedWald spreche auch die vorliegende Entscheidungsreife, während über das Unterstedter Vorhaben noch keine konkreten Zahlen vorlägen. Sie beantragt, über die Punkte 1, 2 und 3 der Vorlage getrennt voneinander abzustimmen.

Bgm Oestmann teilt mit, dass zuerst über den Änderungsantrag und dann über die Vorlage abgestimmt werden müsse. Beide Vorhaben müssten im Sachzusammenhang betrachtet werden. Wenn die Trägerschaft für den FriedWald übernommen würde, wäre das eine Gefahr für das Zustandekommen des RuheWaldes Unterstedt.

RH Lill berichtet, dass er anfangs gegen den FriedWald gewesen sei. Nun habe er aber festgestellt, dass der Bedarf vorhanden sei. Er hält es für falsch, die beiden Vorhaben zu trennen, denn zwei Bestattungswälder vorzuhalten, würde nicht funktionieren. Die Aussagen der FriedWald GmbH hörten sich für ihn nach unglaublicher Ungeduld an. Ihn spreche mehr das Konzept in Unterstedt an, da die Trägerschaft und die Betreiberschaft im Ort bleibe. Die Landesforsten würden sicherlich damit leben können, wenn der FriedWald nicht komme. Grundsätzlich spricht er sich für die Einrichtung des RuheWaldes in Unterstedt aus, bittet aber um die weitere Möglichkeit, die Tür für den FriedWald offen zu lassen für den Fall, dass der Ruhewald nicht zustande komme.

RH Klammer weist auf die Gefahr hin, dass bei einer vorlagegemäßen Ablehnung des FriedWaldes kein weiterer Verhandlungsspielraum mit den Landesforsten/der FriedWald GmbH mehr vorhanden sei.

RH Scheunemann erinnert an die alte Bestattungskultur. Er hält die örtlichen Gegebenheiten in Unterstedt, nämlich ein trockener Boden, den man mit sauberen Füßen wieder verlassen könne, für besser als im Lintel, wo es einen sehr feuchten Boden gebe. Außerdem findet er

bedauernd, dass die Landesforsten einen riesigen Wert an Wald aufgeben wollen. Seines Erachtens müsse schon etwas Großes dahinterstecken, dieses so unbedingt zu wollen. Er schließt sich dem Verwaltungsvorschlag an.

RH Klingbeil hält das Vorgehen nicht für zielführend. Er beantragt, die Vorlagenpunkte 1 und 2+3 in zwei Abstimmungen zu trennen. Der Antrag seiner Fraktion sei somit darin enthalten.

RH Schäfer befürchtet, dass trotz einer Ablehnung der FriedWald kommen werde; dann aber mit einem anderen Träger und somit ohne Mitspracherecht der Stadt. Den Landesforsten sei es letztendlich egal, ob der Träger die Stadt oder eine Kirche sei.

RH Emshoff ist auch der Auffassung, dass man die Trägerschaft des FriedWaldes noch übernehmen könne, wenn das Unterstedter Projekt nicht umgesetzt werde. Er plädiert für die Verwaltungsvorlage.

StAR Lohmann gibt die Umsätze und Gewinne der Friedwald GmbH bekannt:

	Bilanzsumme	Gewinn
2014	ca. 18 Mio. €	2 Mio. €
2021		6 Mio. €
2022	50 Mio. €	4 Mio. €

Bgm Oestmann schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen, um den zwei anwesenden eventuellen Betreibern des RuheWaldes Unterstedt das Wort zu geben.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau beschließt einstimmig eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 19:18 Uhr bis 19:26 Uhr unterbrochen.

RH Emshoff teilt mit, dass sich der Ortsrat Unterstedt nach der Vorstellung des Projektes RuheWald einstimmig dafür ausgesprochen habe.

RH Klammer merkt an, dass man sich grundsätzlich an die Empfehlungen des Orsrates halte, dies aber nur die eine Seite sei.

Bgm Oestmann verteidigt die Haltung der Verwaltung als Schutzgebaren für das lokale Projekt. Er befürchtet in dieser Sache Parteigeplänkel, nämlich dass die Fraktion SPD/Grüne/Linke ihren Antrag unbedingt durchbringen und den Antrag der CDU torpedieren wollen. Er bittet, das Unterstedter Projekt nicht durch einen Beschluss für den FriedWald zu gefährden.

RH Klingbeil fragt, was passiere, wenn die FriedWald GmbH in vier Wochen sage, dass das Vorhaben mit den Altkatholiken realisiert werde. Da er auf jeden Fall kommen werde, frage er sich, warum nicht in der Trägerschaft der Stadt.

RF Niemeier bittet nochmals um getrennte Abstimmung der Vorlagenpunkte.

RH Poppe möchte ein klares Signal an die Bevölkerung und die RuheWald GbR senden. Er teilt mit, dass er beim RuheWald ein gutes Gefühl habe, dass er gut laufen werde. Er spricht sich für die Empfehlung der Vorlage aus.

Der Bgm und StAR Lohmann stellen fest, dass nun drei Abstimmungen notwendig seien. Als erstes werde über den Änderungsantrag der Fraktion SPD/Grüne/Linke abgestimmt, dann darüber, ob über die einzelnen Punkte der Vorlage getrennt abgestimmt werde und als letztes über die Vorlage. Der Bgm modifiziert die Vorlage dahingehend, dass unter Punkt 1 nicht

die Ablehnung beschlossen werde, sondern der Antrag der FriedWald GmbH endgültige entschieden werde in Abhängigkeit, ob der RuheWald Rotenburg in Unterstedt zustande kommt.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau lehnt bei 4 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Antrag der Fraktion SPD/Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke ab.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau lehnt bei 4 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte der Vorlage ab.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau empfiehlt bei 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt zur Thematik der Errichtung eines FriedWaldes folgendes:

1. Der Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / Die Linke vom 21.05.2022 auf Zustimmung zum bereits gestellten Antrag vom 29.09.2020, der mit Schreiben vom 18.08.2023 modifiziert wurde, der Niedersächsischen Landesforsten GmbH auf Errichtung eines FriedWaldes durch die FriedWald GmbH in Kooperation mit den Nds. Landesforsten wird **endgültig entschieden in Abhängigkeit, ob der RuheWald Rotenburg in Unterstedt zustande kommt.**
2. Der Errichtung eines privat betriebenen Bestattungswaldes, der den Namen „RuheWald Rotenburg“ tragen wird, wird als weitere Bestattungsort für die Rotenburger Einwohner*innen inkl. der Einwohner*innen der Ortschaften Borchel, Mulmshorn, Unterstedt und Waffensen zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird mit der Bearbeitung der weiteren notwendigen verwaltungsrechtlichen Schritte für die Errichtung des RuheWaldes Rotenburg sowie den weiteren Verhandlungen mit dem privaten Betreiber beauftragt.

TOP 6 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder VorlNr.

TOP 6.1 Verkehrsanalyse Goethestraße VorlNr.

AL Lauchart berichtet, dass im Rahmen der Städtebauförderung für die Goethestraße eine Verkehrsanalyse an die Fa. BMO in Auftrag gegeben worden sei. Wegen der Baumaßnahmen an der Verdener Straße am Kalandshof sei jedoch keine objektive Analyse möglich, da dort während der Arbeiten in 2024 kein Schwerlastverkehr erlaubt sei. Aus diesem Grunde sei die Analyse auf das Jahr 2025 verschoben worden, um das normale Verkehrspensum erfassen zu können. Es könne auch zu Veränderungen der Verkehrsströme kommen, da der Lidl-Markt dann bereits an der Verdener Straße in Betrieb genommen worden sei.

TOP 6.2 Verkehrsberuhigung Hesterkamp VorlNr.

RH Emshoff erkundigt sich nach dem derzeitigen Sachstand bezüglich der Verkehrsberuhigung Hesterkamp. Die Begehung habe bereits im Februar 2022 stattgefunden.

Antwort im Protokoll:

Dem nächsten Ortsrat Unterstedt am 13.06.2024 wird eine diesbezügliche Vorlage vorgelegt, die nach weiterer Behandlung im Ausschuss für Straßen- und Tiefbau und im VA abschließend im Rat beschlossen werden soll.

TOP 6.3 50er-Zone Mittelweg

VorlNr.

RH Lill berichtet, dass in der 50er-Zone im Mittelweg viel zu schnell gefahren werde. Er fragt, ob bereits einmal geprüft worden sei, auch dort eine 30er-Zone einzurichten.

Antwort im Protokoll:

Der Bereich zwischen Auf dem Rusch und Glockengießerstraße war schon mehrfach Thema hinsichtlich einer Verkehrsberuhigung ebenfalls auf 30 km/h.

Dieser Abschnitt unterscheidet sich jedoch maßgeblich von der angrenzenden Tempo-30-Zone. So ist aufgrund verschiedener Einrichtungen (Stadtwerke, Krankenkasse) das „Wohnen“ z. B. nicht mehr Hauptcharakter dieser Straße. Weiterhin wird die Strecke Auf dem Rusch – Mittelweg vom Durchgangsverkehr genutzt, d.h. der reine Anliegerverkehr ist erheblich geringer als in einer Tempo-30-Zone.

Im betroffenen Abschnitt finden regelmäßigen Abständen Geschwindigkeitsmessungen statt (zuletzt im Juni 2023). Die letzten Messergebnisse ergaben eine V85 von 44 km/h (Richtung Waldstegener Weg) bzw. 52 km/h (Richtung Glockengießerstraße). Dies wird nicht als auffällig eingestuft.

TOP 6.4 Zustand Scheepers Riege

VorlNr.

Vors. Lüttjohann informiert, dass nach Kanalbauarbeiten vor 25 Jahren in der Scheepers Riege Risse in der Straße vorhanden seien, aus denen bereits das Gras wachse. Er bittet, die Straße zu reinigen und neu zu vergießen.

TOP 6.5 Geschwindigkeitsmessung in Unterstedt

VorlNr.

Vors. Lüttjohann dankt der Verwaltung für die Geschwindigkeitsmessungen in Unterstedt und dem Bauhof für umgehende Reparaturen an einigen Straßen, insbesondere der Scheepers Riege. Er bittet, den Dank an die zuständigen Stellen weiterzugeben.

Vors. Lüttjohann schließt die Sitzung um 19.47 Uhr.

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.